

3,3 Millionen Besucher der Berliner Bühnen und Orchester

BERLIN – Die Berliner Bühnen und Orchester blicken einem sehr erfolgreichen Jahr 2019 entgegen. Die institutionell geförderten Theater, Orchester und Tanzcompagnien erwarten im laufenden Jahr insgesamt über 3,3 Mio. zahlende Besucherinnen und Besucher. Die Bühnen werden in 2019 voraussichtlich 400 Neuproduktionen erarbeiten. Zusammen mit dem Repertoire werden in diesem Jahr über 9.100 Vorstellungen angeboten. Die Nachfrage nach den Angeboten der Berliner Bühnen zeigt sich auch außerhalb von Berlin in insgesamt 1.622 Gastspielvorstellungen.

Der Senator für Kultur und Europa, Dr. Klaus Lederer (Linke), erklärt dazu: „Die Berliner Theater, Orchester und Tanzcompagnien können auch 2019 wieder stolz auf ihre Leistung zurückblicken. Seit Jahren erreichen die Bühnen unserer Stadt stabile Zuschauerzahlen oberhalb der 3-Millionen-Marke. Mit der Steigerung um 300.000 Besucher festigen sie den Ruf Berlins als Zentrum der europäischen Theater-, Tanz- und Musikszene.

SUV-Unfall mit vier Toten: Fahrer erlitt vorher einen Anfall

BERLIN – Der Unfall, bei dem am 6. September an der Invalidenstraße vier Menschen zu Tode kamen, wurde vermutlich durch einen Krampfanfall oder einen epilaptischen Anfall des

Fahrers ausgelöst. Das teilte die Generalstaatsanwaltschaft jetzt mit.

Der Porsche SUV war mit hher Geschwindigkeit auf den Gehweg gefahren und hatte dabei mehrere Fußgänger erfasst. Es gab vier Tote, darunter ein drei jahre altes Kind und dessen Großmutter (64) sowie zwei Männer (28 und 29).

Nach dem Unfall hatte es bundesweit eine Debatte darüber gegeben, ob SUVs in Innenstädten verboten werden sollen.

Freiwillige Feuerwehren haben zu wenig Notstromaggregate

BERLIN – In Berlin besteht keine ausreichende Versorgung mit Notstromaggregaten in den Stationen der Freiwilligen Feuerwehren. Das ergab jetzt eine Anfrage der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus. Auf die Frage des Abgeordneten Thorsten Weiß teilte die Senatsverwaltung mit, dass die Wachen der Freiwilligen Feuerwehren nicht flächendeckend mit Netzersatzanlagen oder Einspeisemöglichkeiten für ortsveränderliche Netzersatzanlagen ausgestattet sind.

Für den Doppelhaushalt 2020/2021 seien Finanzmittel für die Erweiterung der Ausstattung mit Netzersatzanlagen angemeldet.

Messerangriff auf dem „Alex“: Syrer (20) lebensgefährlich verletzt

MITTE – Erneut gab es am Wochenende eine gewalttätige Auseinandersetzung, als zwei Gruppen „junger Männer“ dort in Streit gerieten. Dabei zog ein 16-Jähriger ein Messer und stach einem 20-Jährigen mehrfach in den Rücken. Der Angegriffene wurde dabei lebensgefährlich verletzt.

Das Opfer – ein Syrer – wurde ins Krankenhaus eingeliefert und notoperiert. Inzwischen ist sein Gesundheitszustand wieder stabil. Der Messerstecher, dessen Staatsbürgerschaft noch ungeklärt ist, ist in Polizeigewahrsam und wird verhört.

Immer wieder kommt es auf dem Alexanderplatz zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Im März wurde dabei ein 26-Jähriger erstochen.

Berliner Senat fördert Kampf gegen die eigene Politik

BERLIN – Die Steuerzahler in Berlin fördern seit 2011 den Türkischen Bund Berlin-Brandenburg (TBB) mit sechsstelligen Beträgen. Im vergangenen Jahr waren es 241.765,86 Euro, für dieses Jahr sind im Haushalt 277.074,87 Euro veranschlagt. Das

ergab jetzt die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Thorsten Weiß. Die Förderung erfolgt aus dem „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Die Förderung ist deshalb bemerkenswert, weil das Land Berlin ein Kopftuchverbot an den Schulen durchsetzen will, gleichzeitig aber den TBB mit öffentlichen Geldern fördert, der dagegen zu Felde zieht und Kläger unterstützt, die das Vorhaben des Senats vor Gericht kippen wollen.

Sofas auf der Fahrbahn: Blockieren für das Weltklima

BERLIN – Rund 3.000 Klima-Aktivisten haben heute an zentralen Punkten der Hauptstadt für Behinderungen des Straßenverkehrs gesorgt. Besonders am Morgen kam es zu Stockungen im Berufsverkehr, ohne dass allerdings das große Chaos ausbrach. „Extinction Rebellion“ ist der Aufruf zum zivilen Ungehorsam überschrieben, in dem es heißt: „Wir blockieren Berlin, Paris, New York, Amsterdam, London.“ In diesen Städten, besonders in London und Amsterdam griff die Polizei konsequent durch.

Am Abend hat die Berliner Polizei begonnen, eine nicht angemeldete Kundgebung am Potsdamer Platz zu räumen, bei der Sofas, Topfplanzen, Tische und Stühle auf den Straßen aufgetürmt worden waren.

Extinction Rebellion (XR) heißt übersetzt : „Aufstand gegen das Aussterben“.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) nannte die Aktionen der Klimaaktivisten „unsäglich“: „Sie blockieren frühmorgens Leute, die zu ihrer Arbeit fahren und die dafür sorgen, dass jeden Tag in Deutschland Wohlstand erwirtschaftet wird.“

Toter Säugling gefunden

LICHTENRADE – Ein Spaziergänger hat heute morgen gegen 9.45 Uhr in Lichtenrade am Ufer eines Teiches einen toten Säugling gefunden. Der Mann war mit seinem Hund unterwegs. Nähere Umstände sind noch nicht bekannt. Eine Mordkommission hat Ermittlungen aufgenommen und die Obduktion des Kindes angeordnet.

Pazderski (AfD): „Extinction Rebellion“ ist „wirre Endzeitsekte“

BERLIN – Berlins AfD-Chef Georg Pazderski hat die Aktionen der sogenannten Bewegung „Extinction Rebellion“ heute scharf kritisiert und fordert ein konsequentes Durchgreifen der Polizei. Pazderski: „Zehntausende Autofahrer standen heute Morgen im Stau, weil eine wirre Endzeitsekte sich selbst

ermächtigt hat, Verkehrsknotenpunkte in Berlin zu besetzen. Das hat mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nichts zu tun.“ Die Aktionen seien eine „strafbare Nötigung“.

Es sei „unfassbar“, dass der Berliner Innensenator sich weigere, gegen diese Verstöße wirksam vorzugehen und Recht und Gesetz durchzusetzen. Geisel sei keineswegs gezwungen, diese offenbar länger vorbereiteten Aktionen als zulässige ‚Spontandemos‘ einzuordnen und zu dulden. Gerade in Anbetracht der Androhung, die ganze Woche über derartige Blockaden veranstalten zu wollen, hätte er heute Morgen eine klare Linie ziehen müssen.

Neuer Medienstaatsvertrag: Mehr Lokaljournalismus, weniger Schleichwerbung

BERLIN – Mehr Unterstützung für Lokaljournalismus, weniger Schleichwerbung: Zum 1. Oktober ist der neue Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg in Kraft getreten. Beide Länderparlamente hatten im Juni (Brandenburg) und August (Berlin) zugestimmt. Neben zahlreichen medienrechtlichen Anpassungen an die Erfordernisse der digitalen Medienwelt werden die Rechte und Möglichkeiten der Medienanstalt Berlin-Brandenburg gestärkt.

Für die beiden Medienstaatssekretäre der Länder, Christian Gaebler und

Thomas Kralinski, ist der Medienstaatsvertrag damit „auf der Höhe der Zeit“: „Die sich schnell verändernde Medienwelt bekommt damit einen modernen Rechtsrahmen.“ Viele Verfahren wurden vereinfacht. So wurde das sogenannte Führerscheinmodell eingeführt: Die Zulassung für Rundfunkangebote ist damit unabhängig vom Übertragungsweg und nicht mehr zwangsläufig mit der Zuweisung von Übertragungskapazitäten (bspw. UKW- oder DVB-T-Frequenzen) verbunden. Aufsichtsmaßnahmen der Medienanstalt werden künftig direkt vollziehbar, auch bekommt sie bessere Möglichkeiten, gegen Schleichwerbung vorzugehen und für die Einhaltung journalistischer Standards bei lokalen und regionalen Rundfunkveranstaltern zu sorgen.

Brandenburgs Medienstaatssekretär **Thomas Kralinski**: „Aus Brandenburger

Sicht ist besonders wichtig, dass die Medienanstalt ein neues Förderinstrument an die Hand bekommt, mit dem sie lokaljournalistische Angebote unterstützen kann. Gerade in ländlicheren Regionen sind hier in den letzten Jahren große Defizite entstanden. Mit der Förderung von Rundfunk- und Internetangeboten wollen wir dem bereits im kommenden Jahr entgegenwirken.“

Der Chef der Senatskanzlei Berlin, **Christian Gaebler**, weist auf die Stärkung der Freien Radios hin: „Freie Radios haben die Versuchsstufe längst hinter sich gelassen und sind fester Teil unserer Medienlandschaft geworden. Die Förderung der technischen Infrastruktur und der Programmverbreitung der Freien Radios haben wir nun ebenfalls als Aufgabe der Medienanstalt rechtlich verankert.“

Stadtquartier Köpenick: Am Güterbahnhof entstehen 1.800 neue Wohnungen

KÖPENICK – Der Senat hat für das Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick und angrenzende Bereiche eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme beschlossen.

Das Gebiet ist eines der 14 neuen Stadtquartiere, in denen das Land Berlin in den kommenden Jahren die Errichtung von 43.500 Wohnungen plant. Am ehemaligen Güterbahnhof Köpenick sollen rund 1.800 Wohnungen entstehen, mindestens 40 Prozent preis- und belegungsgebunden. Am Wohnungsbau auf den zukünftig landeseigenen Flächen sollen Genossenschaften mit mindestens 20 Prozent beteiligt werden. Zudem werden die vorhandenen kleinteiligen Gewerbebetriebe vor Ort gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Das neue Stadtquartier wird „autoarm“ angelegt und mit Mobility-Hubs und weiteren Mobilitätsangeboten ausgestattet werden.

Zwei Grundschulen und eine Integrierte Sekundarschule (ISS) sollen künftig die Schulplatzversorgung in den benachbarten Quartieren des Bezirkes Treptow-Köpenick stärken und so das sich bereits heute abzeichnende Defizit ausgleichen. Im Zuge der Gebietsentwicklung wird das übergeordnete Straßennetz durch die geplante Ostumfahrung Bahnhofstraße ebenso wie das Fuß- und Radwegenetz bedarfsgerecht erweitert. So können die bestehenden verkehrlichen Engpässe und Barrieren überwunden und eine bessere Vernetzung mit den benachbarten Stadtteilen hergestellt werden.

Senatorin Katrin Lompscher (Die Linke): „Mit dem heutigen Beschluss sind wir mit der Revitalisierung des seit Anfang der 90er Jahre brachliegenden ehemaligen Güterbahnhofareals ein entscheidendes Stück vorangekommen. Die in den Gesprächen mit

allen Betroffenen im Gebiet vorgebrachten Anregungen sind in die Konzeptionierung eingeflossen und werden bei den zukünftigen Planungsaufgaben für das neue Stadtquartier Berücksichtigung finden.“

Die Entstehung des neuen Quartiers ist mit einer umfassenden Neuordnung des vorhandenen Stadtgefüges verbunden. Parallel zu der geplanten Gebietsentwicklung wird mit dem von der Deutschen Bahn AG geplanten neuen Regionalbahnhof Köpenick unmittelbar am vorhandenen S-Bahnhof die übergeordnete Anbindung des neuen Stadtquartiers an den regionalen Schienenverkehr realisiert.